

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Grün-Schwarz-Gelb erntet die Folgen der eigenen Haushaltspolitik

Bericht aus der 20. Tagung der BVV Pankow

Am 24. Januar tagte die Bezirksverordnetenversammlung zum ersten Mal im neuen Jahr. Die Tagesordnung fiel diesmal etwas kürzer aus als bei vergangenen Sitzungen, es mangelte aber nicht an Debatten über mögliche Windkraftanlagen im Bucher Forst und den Umgang mit den Sparvorgaben des Schwarz-Roten Senats.

Dass die Tagesordnung trotzdem abgearbeitet wurde und die Verordneten zeitig in den Abend entlassen waren, lag sicher auch daran, dass der Vorsteher Dr. Oliver Jütting (Bündnis 90/Die Grünen) sich in dieser Sitzung dazu durchrang, der in weiten Teilen rechtsextremen AfD keine drei Wahlgänge zuzugestehen, wenn ihre Bürgerdeputiertenkandidatinnen und -kandidaten wiederholt mit den gleichen Stimmenergebnissen durchfallen. Nach zwei Wahlgängen bei denen die Rechten erneut alle durchfielen, brach der Vorsteher die Wahl diesmal ab.

Das war längst überfällig. Im vergangenen Jahr kostete die Zermürbungstaktik der AfD, in jeder BVV-Tagung auf drei geheimen Wahlgängen zu bestehen, die Versammlung sehr viel Zeit. Nach

der Wahl der ersten AfD-Bürgerdeputierten in den Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur mit Stimmen, die aus den Reihen der Grün-Schwarz-Gelben Zählgemeinschaft gekommen sein müssen, wurde keine weitere Bürgerdeputierte gewählt. Im Gegenteil, in der letzten BVV wurde es in jedem Wahlgang weniger Stimmen.

Ausweichend blieb das Grün geführte Bezirksamt in der BVV zur gefährdeten Lage vieler freier Träger im Bezirk, die durch die harten Sparvorgaben des Senats verunsichert sind. Die freien Träger leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Infrastruktur Pankows. Trotz wiederholter Nachfrage von Trägern und Bezirksverordneten, wie man mit den Sparvorgaben und der Pauschalen Minderausgabe verfahren wolle, blieben konkrete Antworten des Bezirksamtes bisher aus. Die lieb Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (Bündnis 90/Die Grünen) im Schlussbericht zu einem Antrag der Linksfraktion zu Existenzgefährdungen der freien Träger erneut vermissen. Stattdessen wurde die Haushaltsordnung paraphrasiert. Die Träger aber brauchen Planungssi-

cherheit. Es geht um den sozialen Zusammenhalt in unserem Bezirk. Die unsoziale Haushaltspolitik der Zählgemeinschaft zeigt sich auch in anderen Bereichen: Es wird so getan, als werde es keine Kürzungen geben und sogar neue Maßnahmen, wie zum Beispiel Clearingstellen fürs Jobcenter Pankow, in Grünen Anträgen gefordert. Aber dann beschließt man mit Grün-Schwarz-Gelber Mehrheit einen Doppelhaushalt, der vor allem in den Bereichen Soziales und Kinder und Jugend spart. Ohne Geld, lassen sich die Maßnahmen aber nicht umsetzen.

Alle Fraktionen außer die Grünen stimmten gegen die Forderung, die nicht im Haushalt gegenfinanziert war. Das ist der Trümmerhaufen der Zählgemeinschaft: CDU und FDP verteidigen die Kürzungspolitik, die sie zu verantworten haben. Die Grünen hingegen tragen die Kürzungen bei Sozialem und Jugend mit, wollen aber nicht mit den Konsequenzen leben. Wir werden weiter für unsere Jugendeinrichtungen, die Obdachlosenhilfe und alle weiteren sozialen und freien Träger kämpfen, damit Pankow weiter lebenswert bleibt.

Drucksachen



Schließfächer für obdachlose Menschen einrichten

Die Linksfraktion ersucht das Bezirksamt, Schließfächer für obdachlose Menschen einzurichten, in denen sie auch ohne ein Handy ihre Wertsachen (Ausweis, Krankenkassenskarte, wichtige Unterlagen etc.) kostenfrei und nach Bedarfslage ohne zeitliche Begrenzung deponieren können. Diese konkrete Hilfe soll die Menschen dabei unterstützen, die Obdachlosigkeit zu überwinden und den Zugang zu medizinischer Versorgung, Behördengängen, Arbeitsplatz und Wohnung zu erleichtern. Der Antrag wird in den Ausschüssen Soziales, Senior*innen und Gesundheit und Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung beraten. (Drucksache - IX-0836)



Sicherung sozialer Angebote in Pankow

Mietpreissteigerungen bedrohen zunehmend auch soziale Einrichtungen in freier Trägerschaft. Jüngst konnte das Ende der Kinderfreizeiteinrichtung Rakäthe gerade noch abgewendet werden. Inwieweit weitere soziale Angebote des Bezirkes von Standort-schließungen bedroht sind, ist unklar. Auch ist

unklar, welche Maßnahmen angedacht oder bereits geprüft wurden, um den steigenden Mieten der Einrichtungen sozialer Träger und damit einer möglichen Angebotseinschränkung bzw. Schließung entgegenzuwirken. Mit einer Kleinen Anfrage bewegt Maria Bigos, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Bezirksamt unter anderem eine Antwort darauf zu geben, ob mit den günstigeren landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Pankow kooperiert wird. Denn bei denen stehen allein in Pankow 27 Räume frei. (Kleine Anfrage - KA-0762-IX)



Pro Kind ein Baum

Die Linksfraktion regt das Bezirksamt an, zusammen mit den Berliner Forsten für jedes neugeborene Kind in Pankow einen Baum zu pflanzen. Die Neupflanzungen sollen dann mit den jeweiligen Geburtsjahren versehen und die Familien über den Ort der Pflanzung informiert werden. Bäume binden Kohlenstoff und helfen damit die Menge an klimaschädlichen CO₂ in der Erdatmosphäre zu reduzieren. Den Kohlenstoff nutzen sie für ihr Wachstum und speichern ihn in ihrer Holzmasse – Baum und Kind wachsen dann gemeinsam in unserer Stadt heran. Die BVV überwies den Antrag in die

Ausschüsse, um die Details auszuarbeiten. (Drucksache - IX-0816)



Mindeststandards für Obdachlosenunterkünfte

Die Unterbringung von wohnungslosen Menschen in Unterkünften nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln) stellt keinen Ersatz für eine Wohnung dar. Sie soll lediglich eine aktuelle und zeitlich befristete Notlage beseitigen. Dennoch muss allen Menschen in der Unterkunft ein würdevolles Leben ermöglicht und die Möglichkeit gegeben werden, sich aus der Spirale zu befreien. Deswegen fordert die Linksfraktion das Bezirksamt in einem Antrag auf, die 2011 festgelegten Mindeststandards in der Obdachlosenunterbringung den aktuellen Leistungsanforderungen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) für Geflüchtetenunterkünfte anzupassen. Außerdem soll das Bezirksamt neue Mindeststandards für nicht vertragsgebundene und nicht von der Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) gelistete Unterkünfte einführen. Die BVV überwies in die Ausschüsse Soziales, Senior*innen und Gesundheit und für Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung. (Drucksache - IX-0814)

Neue Standorte für Windräder in Pankow



Von Wolfram Kempe, Mitglied des Fraktionsvorstands

Kürzlich wurde vom Berliner Senat eine Studie präsentiert, in der mögliche neue Flächen für Windräder vorgestellt werden. Sieben dieser Flächen liegen in Pankow, konkret in den Stadtteilen Blankenfelde, Buch und Stadtrandsiedlung Malchow. Die derzeitige Standortauswahl für Windräder im Berliner Stadtgebiet ist keineswegs über-

raschend: Schon Studien aus den 2000er Jahren weisen den Norden Pankows als windhöfzigstes und damit für Windräder geeignetstes Gebiet in Berlin aus. Es ist darum kein Wunder, dass das erste Windrad Berlins sich in Pankow dreht.

Die Linksfraktion Pankow unterstützt seit zwei Jahrzehnten die Errichtung von Windrädern,

z.B. auf der Gewerbefläche Buchholz Nord gegen die Widerstände insbesondere der Senatswirtschaftsverwaltung. Die Flächen des LSG Blankenfelde sind überwiegend im Eigentum des Landes und werden landwirtschaftlich genutzt, was der Errichtung von Windkraftanlagen nicht entgegensteht. Ob man auf Flächen des Bucher Forstes zurückgreifen muss, bleibt angesichts ausreichend vorhandener anderer Flächen dahingestellt; allerdings könnte dort die Errichtung von Windrädern einen willkommenen Impuls zum Umbau von anfälligen Kiefern-Monokulturen zu widerstandsfähigerem Mischwald geben. Viel wichtiger ist, dass die benachbarte Wohnbevölkerung schon in die Planung zukünftiger Windkraftanlagen einbezogen wird und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Pauschaler und irrationaler Ablehnung von Windrädern werden wir auch zukünftig widersprechen. Für den Betrieb der Anlagen befürworten wir genossenschaftliche Modelle.

Nach Bekanntwerden der Studie hat die CDU in der 20. BVV mit ihrem Antrag „Keine Windkraftanlagen im Bucher Forst“ nach dem Sankt-Florian-Prinzip versucht, weitere Windräder in Pankow zu verhindern, was mit großer Rot-Rot-Grüner Mehrheit abgelehnt wurde.



Von Fred Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Noch schweigt im grünen Kiez die Säge.

Bis Mitte Februar hat sich das Bezirksamt Zeit gegeben, um über die artenschutzrechtlichen Belange der geplanten Baustelle im Schlossparkkiez an der Kavaliertstraße zu entscheiden. Die vorerst letzte Instanz in einem jahrelangen Streit, um ein gesundes Wohnumfeld im grünen Kiez.

Die Gesobau versucht, mit Hilfe des Bauensors, eine nur schwer genehmigungsfähige Bebauung in den Innenhöfen der Nachkriegssiedlung im Pankower Zentrum durchzusetzen. Statt sich mit dem Bezirk auf eine rücksichtsvolle Nachverdichtung zu verständigen, geht man den umstrittenen Weg des Sonderbaurechts. Hierbei werden auch Bebauungspläne außer Kraft gesetzt, um kurzfristig Baurecht für Geflüchtetenunterkünfte zu ermöglichen.

Zur Aushebelung unwilliger Bezirke missbraucht hier der Schwarz-Rote Senat dieses Sonderrecht.

Dass die Gesobau sehr, sagen wir „selbstbewusst“ agiert, zeigt sich auch am Umgang mit dem öffentlichen Straßenland, hier hat das Bezirksamt festgestellt, dass eingerichtete Sperrungen und erste Baumaßnahmen gar nicht erst bei den zuständigen Stellen beantragt wurden. Und vielleicht war man sich auch sicher, dass ein paar Kästen für die Fledermäuse schon reichen werden, um den Artenschutz zu gewährleisten.



Protestaktion der Initiative Grüner Kiez Pankow.

Warum die Senatsverwaltung damit ein schlechtes Beispiel für Berlin gegeben hat, zeigt sich mittlerweile auch an anderen Stellen im Bezirk. Eigentümer von Flächen, die außerhalb städtebaulich sinnvoller Zusammenhänge liegen und somit schwer bis gar nicht zu vermarkten sind, umgehen mit der Beantragung von Gebäuden zur Unterbringung von Geflüchteten sämtliche demokratischen Verfahren zur Absicherung einer gemeinwesenorientierten Stadtentwicklung. Flächen im Außenbereich und Kleingartenanlagen, alles wo man sich vorher einigen musste ob und was an einer Stelle sinnvoll

sein kann, liegt plötzlich im Wollen der Eigentümer.


Pankow ist nach wie vor ein Willkommensbezirk. Wir setzen uns ein für Integration statt bloßer Unterbringung. Eine sinnvolle Weiterentwicklung des Bezirkes steht dazu nicht im Widerspruch. Wer langfristig Probleme lösen will, muss vor allem eine gute Infrastruktur im Blick behalten. Nur Kommunen mit ausreichend Schul- und Spielplätzen, gepflegten Grünanlagen und einem funktionierendem ÖPNV sind in der Lage, ein Umfeld zu schaffen, in dem Menschen gerne mit anderen zusammenleben wollen.

Aus der Kommunalpolitik

Ein aktiver Start ins neue Jahr

Das neue Jahr beginnt mit Empfängen, die immer ein guter Anlass sind, um mit Vereinen und Initiativen zu sprechen. So waren wir als Linksfraktion u. a. beim Neujahrsempfang der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg und beim Empfang des Vereins für Pankow e. V. Beide Veranstaltungen haben eine lange Tradition und zeigen, wie vielfältig Pankows Landschaft an gesellschaftlich aktiven Akteuren ist. Bei der Seniorenstiftung sprachen wir mit Aktiven der Gesundheits- und Senior*innenpolitik über verschiedene Herausforderungen. Der Fachkräftemangel in den Pflegeeinrichtungen oder die Versorgungssituation mit Fachärzten waren dabei zwei wichtige Themen. Der Empfang des Vereins für Pankow e. V. zeichnet sich dadurch



aus, dass nicht nur der Verein selbst, sondern viele Pankower Vereine präsent sind. Beide Empfänge und alle Akteure eint, dass sie Pankow voranbringen wollen und diesen Bezirk für seine Vielfalt und Weltoffenheit schätzen! Wir freuen uns, auch in diesem Jahr fest an der Seite dieser Akteure zu stehen. 

Bürgerdeputierte im Porträt

Bürgerdeputierte sind sachkundige Bürger*innen, die von der BVV auf Vorschlag einer Fraktion für die ehrenamtliche Mitarbeit in einen Ausschuss der BVV gewählt werden. Sie haben dort das gleiche Stimm-, Rede- und Antragsrecht und die gleichen Pflichten wie unsere Bezirksverordneten, mit denen sie gemeinsam inhaltliche Konzepte, Anträge und Anfragen erarbeiten. Ob bei der Planung neuer Schulen, Fahrradstraßen oder der Schaffung neuer Stellen im Bezirk – Bürgerdeputierte üben direkten Einfluss auf kommunalpolitische Angelegenheiten, den konkreten Alltag der Menschen und unser gemeinsames Zusammenleben aus.



Enja Springob

*Bürgerdeputierte im Ausschuss für Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften
Stellvertretende Bürgerdeputierte im Ausschuss für Bürgerdienste und Geschäftsordnung*

Als Bürgerdeputierte habe ich die Möglichkeit mich aktiv kommunalpolitisch zu beteiligen, mein Fachwissen in die Ausschüsse einzubringen und damit sicherzustellen, dass sachkundige Meinungen in kommunalpolitischen Entscheidungen gehört werden. Im Ausschuss für Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften streiten wir dafür, die von Sparvorgaben des Schwarz-Roten Senats bedrohten kulturellen Angebote und Standorte zu erhalten. Darüber hinaus diskutieren wir Deutungsspielräume von Kunst im öffentlichen Raum oder auch die Beteiligungsrechte der


BVV bei der Neubenennung von Straßen und Plätzen. Im Ausschuss für Bürgerdienste und Geschäftsordnung arbeiten wir daran, die Verwaltungsmodernisierung in Pankow konkret zu realisieren und diskutieren kritisch über Digitalisierung und Bürger*innenbeteiligung mit dem Ziel die Arbeit der Verwaltung zu optimieren, sie bürgerfreundlicher zu gestalten und für unser diverser gewordenen Pankow zu öffnen.



Elio Protze

Stellvertretender Bürgerdeputierter im Ausschuss für Schule und Sport

Als Bürgerdeputierter habe ich die Möglichkeit, konkrete Ideen in die Kommunalpolitik einzubringen und gleichzeitig in die parlamentarische Arbeit auf Bezirksebene einzusteigen. Ich nehme z.B. auch regelmäßig an den Sitzungen der Linksfraktion teil und bekomme so einen guten Einblick in die Arbeit der Fraktion.

Im Ausschuss für Schule und Sport beraten wir unter anderem über Planung von Neubau und Sanierung der Pankower Bildungseinrichtungen und Sportanlagen. Pankow ist stark vom Schulplatzmangel betroffen, dementsprechend wichtig ist uns die Schaffung weiterer Plätze. Wir als Linksfraktion wollen, dass vor allem weitere Gemeinschaftsschulen neu gebaut werden – also Schulen, die von der Einschulung bis zum Abschluss besucht werden. Denn diese Schulform schafft die besten Bildungschancen für alle Kinder, unabhängig vom sozialen Hintergrund. 

**So treten
Sie mit uns
in Kontakt**

Die Linke

Fraktion in der
BVV Pankow

**Besuchen Sie unsere
Bürger*innensprechstunde:**

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:
(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine
Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de
oder wenden Sie
sich direkt an unsere
fachpolitischen
Sprecher*innen.



In unseren thematischen
Arbeitsgruppen können
Sie sich zu einer Vielzahl
von Themen einbringen:



Kennen Sie schon
unseren **Newsletter**?
Hier können Sie ihn
abonnieren:



**Folgen Sie uns auf
Social Media:**



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2024.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.